

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlech, Hofstierfert.,  
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. Ede,  
Otto Ueckisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen

R. Moos,  
Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

# Posener Zeitung

## Hundertundzweiter Jahrgang.

Nr. 703

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.  
Das Abonnement beträgt vierteljährlich 450 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 545 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 8. Oktober.

1895

### Deutschland.

□ Berlin, 7. Okt. [Christlich- und Evangelisch-Sozialer.] Der Vorsitzende des evangelisch-sozialen Kongresses, Nobbe in Berlin, veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ und im „Volk“ eine Erklärung, die über den Charakter des evangelisch-sozialen Kongresses und seine Stellung zu den verschiedenen Richtungen und Gruppen der christlich-sozialen Bewegung genauere Aufschlüsse geben soll. Diese Erklärung ist weniger wegen ihres Inhalts als deswegen bemerkenswerth, weil die reinliche Scheidung nach der speziell „christlich-sozialen“ Seite hin auch von der betreffenden Gruppe von Sozialpolitikern als nothwendig empfunden wird. Mit den Naumannschen Phantasieren und dem Mischmasch der Stöckerschen Phrasen will keiner gern zu thun haben. Das Mühlische für die Herren vom evangelisch-sozialen Kongress ist nur, daß sie zu einem unfehllichen Theile mit den eifrigsten Anhängern der Naumann und Stöcker zusammenfallen. Diese beiden Männer selber gehören zum evangelisch-sozialen Kongress, und Adolf Wagner, immer noch der intimste Freund Stöckers, spielt innerhalb des Kongresses eine Hauptrolle. Andererseits freilich wird diesen Männern ein gewisses Gegengewicht durch Personen geboten, die sich einer Politik der mäßigenden Kompromisse befleißigen, sowohl in Bezug auf wirtschaftspolitische wie auf parteipolitische Fragen. Zu diesen Elementen rechnen wir u. a. Professor Max Weber in Freiburg und Professor Harnack, der in kirchlichen Fragen wie nach seiner politischen Stellung einen starken Gegensatz zu Herrn Stöcker darstellt. Es wird sich fragen, welche der beiden Richtungen die stärkere ist. Der Vorsitzende des evangelisch-sozialen Kongresses, Herr Nobbe, ist dem gemäßigteren Flügel zuzurechnen.

— Den Abendblättern zufolge ist die Kommission des Bundesrates für das bürgerliche Gesetzbuch heute Vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Neiderding zusammengetreten. Das Plenum des Bundesrats wird noch im Laufe dieser Woche seine erste Sitzung nach den Ferien abhalten.

= Es ist nur ein Streit um Worte, wenn es jetzt so dargestellt wird, als sei die Verschärfung des preußischen Vereinsgesetzes noch eine offene Frage, die erst in der bevorstehenden Staatsministerialsituation werde berathen werden. Selbstverständlich hängt die Entscheidung über diese Frage davon ab, wie sich die Ministerkollegen des Fürsten Hohenlohe zu ihr stellen werden. Aber vom Fürsten Hohenlohe selber muß es als nachgewiesen gelten, daß er glaubt, der Sozialdemokratie durch Verschärfungen des Vereins- und Versammlungsrechts nach bayrischem, sächsischem und vielleicht auch Hamburgischem Muster Abbruch thun zu können. Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß diese Auffassung innerhalb der preußischen Staatsregierung auf einen nennenswerthen Widerstand gestoßen sei. Fürst Hohenlohe wird natürlich nicht anstehen, der Welt zu sagen, warum er sich von einer weiteren Einschränkung des ohnehin so kümmerlichen Vereins- und Versammlungsrechts etwas verspricht. Bis dahin, wo er dies gesagt hat, wird man seine stillen und laute Verwunderung darüber behalten dürfen, daß mit solchen Mitteln der Kampf geführt werden soll. Selbst wenn man das denkbar drastischste Vereinsgesetz durchbrächte, so wäre es immer noch milde im Vergleich mit dem früheren Sozialstengesetz, das die Vereins- und Versammlungsfähigkeit der Sozialdemokratie so gut wie unmöglich gemacht und doch nichts gefruchtet hatte. Das Bedenklichste aber wäre, daß ein neues preußisches Vereinsrecht jeder bürgerlichen Partei ebenso trüfe, wie die Sozialdemokratie. Wir haben noch nichts davon gelernt, daß ausgenommen die Hintermänner der „Posi“, irgend ein Blatt oder eine Partei ein besonderes Begehr bei dem Gedanken an die Verwirklichung der Hohenloheschen Absichten auf diesem Gebiete empfände. Von Diesem und Anderem abgesehen, muß es aber als eigenhändig bezeichnet werden, daß für den größten Theil Deutschlands durch die Partikulargesetzgebung etwas erreicht werden soll, was im Reichstage nicht durchzusehen wäre.

— Dem „Reichsanzeiger“ zufolge hat der Kaiser dem bekannten konservativen Politiker Dr. v. Blethenberg-Mebrum den Kronenorden II. Klasse verliehen.

— In Berliner unterrichteten Kreisen gilt die Mission des russischen Finanzministers Witte, der nunmehr Berlin wieder verlassen hat, soweit sie das deutsche Kapital betrifft, als gescheitert.

— Die „Berl. Kor.“ schreibt: In landwirtschaftlichen Kreisen, besonders der östlichen Provinzen, ist es als Nebelstand empfunden worden, daß den außerhalb des Stationsortes wohnenden Bewohnern von Wagnladungen nicht ohne ausdrückliches Verlangen und nur auf ihre Kosten Eisenbahnseitig Mitteilung gemacht wird, wenn die bestellten Eisenbahnwagen zu der gewünschten Zeit nicht gestellt werden können. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr Anlaß genommen, die königl. Eisenbahn-

direktionen anzuweisen, daß in Fällen, in denen vorauszusehen ist, daß angeforderte Wagen nicht rechtzeitig eintreffen können, hier von nicht nur, wie bisher, den am Stationsorte wohnenden, sondern auch den auswärtigen Bestellern sofort auf die Eisenbahnverwaltung Kenntnis gegeben werde. In gleicher Weise sollen die Versender künftig auch von dem späteren Eintreffen der bestellten Wagen benachrichtigt werden. Diese Regel geht über die Verpflichtung der Eisenbahnverwaltung hinaus und ist als eine von ihr freiwillig gewährte Vergünstigung anzusehen. Eine rechtmäßige Gewähr für das rechtzeitige Eintreffen der Benachrichtigung über das Ausbleiben der bestellten Wagen kann Eisenbahnseitig nicht übernommen werden, eine ersprechliche und beliebte Thelle befriedigende Regelung dieser vielfach nicht ganz leichten Aufgabe wird sich voraussichtlich nur durch ein gegenseitiges Vereinnehmen der Absatzstellen und der Wagenbesteller erzielen lassen; besonders gilt dies von einsam gelegenen Haltestellen, bei denen es an geeigneten Botengelegenheiten meist fehlt.

— In der „Berl. Kor.“ wird nochmals darauf hingewiesen, daß nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Gesetzes die Preußische Central-Genossenschaftskasse nicht berechtigt ist, einzelnen Personen oder einzelnen Genossenschaften, sondern nur „Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zinsbare Darlehen zu gewähren.“ Die Ge. tratasse kann daher dem Gesetze nach auch nur den oben erwähnten Vereinigungen und außerdem den landwirtschaftlichen Darlehnsklassen und gleichartigen Instituten ein Konto in laufender Rechnung eröffnen. Sie ist jedoch andererseits zur Erfüllung der ihr geleglich übertragenen Aufgaben berechtigt, mit Ledermann in Depositen- und Checkverkehr zu treten, sowie Spareinslagen anzunehmen.

L. C. Die (frühere Hengstenberg'sche) „Evang. Kirchenzeitung“ befürwortet die Ernennung Stöder's zum Professor der Ethik. Sie schreibt: „Ist nicht Stöder zu Vorlesungen über Ethik, um nur die zu erwähnen, in einer Weise befähigt, daß diese Disziplin, von ihm gelehrt, alsbald als Brennpunkt der gesammten theologischen Ausbildung auf der Universität werden würde, in deren Lehrkörper er einztrate.“ Der Gedanke ist nicht übel!

— Mit Bezug auf die Behauptung der „Nation“, Herr v. Hammestein habe aus seinem Archiv 200 Briefe zur Charakterisierung seiner Freunde und Parteigenossen abgesplittet und daß diese Briefe wohl noch im Reichstage zur Sprache kommen würden, schreibt heute das „Volk“, es wären nicht 200, sondern 387 Briefe, von denen die meisten mit den starken Majestätsbeleidigungen angefüllt sind.

— Die in Köln wegen Landesverrats verhafteten beiden Franzosen sind gestern unter starker Bedeckung nach Leipzig überführt worden. Die Voruntersuchung, über deren Ergebnis weiterhin Stillschweigen bewahrt wird, ist abgeschlossen und ist die Verhandlung gegen die beiden Franzosen vor dem Reichsgerichte noch im Laufe dieses Monats zu erwarten.

### Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie.

H. Breslau, 7. Oktober.

1. Verhandlungstag. — Vormittagsitzung. Die heutige erste Geschäftssitzung wird um 9 Uhr von Singer eröffnet und geleitet. Singer begrüßt die anwesenden ausländischen Delegirten Dr. Ellenbogen-Wien und Dr. Stinca-Budapest. Begrüßungsgramme sind von einigen englischen Arbeitersöderationen, den italienischen Genossen, den französischen, bulgarischen und rumänischen Genossen eingetroffen. Dr. Ellenbogen-Wien bringt die Grüße der den deutschen Genossen eng verbündeten österreichischen Sozialdemokraten und schließt mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das vom Parteitag förmlich aufgenommen wird.

Nach Eintritt in die Tagesordnung bleibt Pfannkuchen-Berlin den Geschäftsbereich des Parteivorstandes. Der Parteivorstand betrachtet die ausgedehnte Agitation als seine Hauptaufgabe, für die er 52 000 M. ausgegeben habe. Es seien auch schöne Erfolge erzielt worden, der beschworene sächsische Wahlkreis sei den Antisemiten abgenommen worden. Es werde sich in Zukunft noch mehr zeigen, daß die antisemitische Bewegung der sozialdemokratischen Feinde Hindernis mehr sein werde. Andererseits sei freilich der Wahlkreis Lennep-Mettmann verloren gegangen, die Stimmenzahl habe auch hier zugenommen. Schwer zu befreiden seien die zu weitgehenden Wünsche der Parteigenossen im Lande nach persönlicher Unterstützung für die Agitation gewesen. Die Parteigenossen im Lande seien mit Durchschnittsrednern nie zufrieden, sie wollten überall Reichstagsabgeordnete und von diesen eigentlich immer die Genossen Auer, Bebel, Liebknecht und Singer, allenfalls noch Grillenberger oder Böllmar. (Hinterkeit.) Einem im Allgemeinen guten Stand zeige die Parteipresse, immerhin seien zur Unterstützung aus Parteimitteln 43 000 M. nötig gewesen. Die Mahnung, Neugründungen, deren Rentabilität nicht sicher sei, zu unterlassen, sei in letzter Zeit ziemlich beherzt worden. Er halte es für seine Pflicht, bei der drohenden Gefahr neuer Ausnahmegesetze die Partei nicht mit Eigentum zu belasten, das schließlich in Polizeihände fallen könnte. Vom 1. Berliner Wahlkreis sei der Antrag gestellt, das allgemeine Wahlrecht mehr in den Vordergrund der Agitation zu stellen. Die Parteileitung sei sich dieser Pflicht bewußt, schon im Hinblick auf die österreichische Bruderpartei, die ja gegenwärtig im Kampfe ums Wahlrecht steht. Redner geht dann auf die zahlreichen, zum Titel „Parlament“ gestellten Anträge ein, die beweisen, daß die Parteigenossen den Werth des Parlamentarismus nicht unterschätzen und daß rege Interesse an der parlamentarischen Tätigkeit dokumentieren. Die Anträge

gingen aber doch fast alle zu weit, die Reichstagsfraktion könne nicht alles möglich machen. Solche Anträge wären am Platze, wenn die Fraktion schon irgend einmal etwas unterlassen hätte, was zur Förderung der Partei-Grundsätze nothwendig war. Das werde wohl aber Niemand behaupten wollen. Der Parteitag möge kritisiren, der Vorstand werde nach der Auseinanderlegung weiter seine Schuldigkeit zu thun versuchen. (Befall).

Meiste r. Hannover gibt den Bericht der Kontroleure. Der „Vorwärts“ habe erfreulich prosperirt. Die Geschäftslage des Sozialdemokraten sei ungünstig und habe den Antrag gezeigt, dieses Blatt eingehen zu lassen. Die Beamten des „Vorwärts“ und der Parteibuchhandlung hätten ihre Schuldtigkeit in vollstem Maße gehabt. Belästigungen seien nur wenige eingegangen, sie seien meistens lokaler Natur, eine Beschwerde der Karlsruher Genossen gegen den Genossen Auer sei aber bestätigt gewesen. Die Korrespondenz Auers sei in einem Tone geführt worden, der entschieden zu mißbilligen sei und die Kontroleure machten den Gesamtvorstand für den unanständigen Ton Auers verantwortlich. Die Karlsruher Genossen hätten zuerst geglaubt, die Briefe enthielten nur die persönliche Meinung eines Bayern. (Hinterkeit.) Auer habe aber geschrieben, er vertrete ganz die Meinung des Gesamtvorstandes. Auer möge ja durch die letzten Vorlommisse im Ländlichen Baden gerettet gewesen sein, ein solch grober Ton gegen Parteigenossen sei aber entschieden zu mißbilligen. Im Übrigen bitte er, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen.

Es werden nun eine Anzahl Anträge zur Diskussion gestellt. Die Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow beantragen: Parteibeamte und Redakteure, die Reichstagsabgeordnete sind und deren Gehalt 3000 Mark und darüber beträgt, erhalten keine Däten. — Die Parteigenossen in Altona beantragen: Personen, die in der Partei ein aussömmlich besoldetes Amt bekleiden, dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorirung nicht machen.

Die Parteileitung (Parteivorstand und Kontroleure) beantragen: Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ vom 1. Januar 1896 ab einzuhalten. In der Diskussion wendet sich Berarab-Hamburg gegen den Antrag auf Abschaffung der Accordarbeit und Nacharbeit im „Hamburger Echo“. Die Accordarbeit im Buchdruckergewerbe nehme eine Ausnahmestellung ein. Die Buchdrucker seien sich selbst nicht einig über die Frage, was vorzuziehen sei, Accordarbeit oder bestimmter Lohn. Es sei der Meinung, daß das gewisse Lohn die Lebenshaltung der Seher herabdrücke. Die Sozialdemokratie habe aber die Pflicht, die Buchdrucker in ihrem Besireben, eine bessere Lebenshaltung zu erzielen, zu fördern. — Niemand spricht für Abschaffung der Accordarbeit; die Nacharbeit in Zeitungen abzufassen, sei nicht überall möglich. Die Frage der Besoldung der Parteibeamten müsse endlich einmal zur Regelung kommen. Sparsamkeit sei geboten. — Sonnenburg-Friedrichshagen tritt für Erhaltung des Central-Wochenblatt „Sozialdemokrat“ ein. Was die Besoldung der Parteibeamten anlangt, so sei er der Meinung, daß Erhard, der 3000 M. Gehalt beziehe und in Berlin wohne, auf die Parteiblätter gut und gern verzichten könne. Es sei ferner zu untersuchen, ob der Unternehmergeinn, den die Druckerei Böbling durch die Parteiducken erzielle, nicht zu hoch sei. Die Accordarbeit sei ungünstig und deshalb verwerthlich. — Ein in Berlin hat an der Redaktionsführung des „Vorwärts“ Manches auszusezen. Im Streite Böbel-Böllmar hätte der „Vorwärts“ seine eigene Meinung lügen müssen, ebenso in der Agrarfrage. Dr. „Vorwärts“ habe sich auf das Eintreten fremder Stimmen beschränkt. Das vertrage sich nicht mit der Stellung eines führenden Parteiorganis. Redner befiehlt den schlechten finanziellen Stand des „Sozialdemokraten“, er möchte aber den Antrag auf Einstellung des Erichens nicht befürworten. Vielleicht könne der Etat etwas eingeschränkt werden. — Vorer-Hamburg nennt die Anträge der Berliner auf Gehaltsreduktion Mist; die Berliner sollten sich schämen, solche Anträge zu stellen. Im Interesse der gesamten Partei bitte er um Ablehnung der Anträge, die eine Schmach für die Partei bedeuten. — Der Vorsitzende Singer will die besonders kräftigen Ausdrücke des Vorredners nicht rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einlegen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzulegen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzulegen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall)

Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzulegen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall)

Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtvorstand für den Inhalt des Briefes verantwortlich erklärt. (Befall) Die Schwarzwälder und Allemannen sind ja nicht verwöhnt, gegen Auer zu rügen, aber gegen die letzte Auferbung Verwahrung einzelen. — Gek-Osnabrück bringt noch einmal die Beschwerde der Karlsruher gegen Auer zur Sprache: Zuerst schien es sich um eine persönliche Meinung Auers zu handeln, in rührender Solidar

ton in dieser Frage angelagten worden ist, wie in gewissen Ver-  
linn Versammlungen. Was ist dort nicht an Insinuationen ge-  
leistet worden. Es scheint, daß die Parteibeamten mehr auf die  
Diäten, als auf das Parteinteresse lägen. Man redete dort wieder  
von den Arbeitergroschen. Ich, für meine Person, lehne es ab,  
von Arbeitergroschen zu leben. Ebenso wenig, wie Sie Ihren Ar-  
beitssohn als Prinzipsatzgeldsenkung anleben, ebenso wenig sehe ich meinen  
Von als geschenkte Arbeitergroschen an. Sie haben zu prüfen, ob  
meine Arbeit meinen Vorn wert ist, wenn nicht, haben Sie mich  
zu entlassen. Die ganze Frage ist für mich keine Geldfrage.  
Wenn die Partei die Diäten-Past nicht tragen könnte, würde ich  
noch mehr persönliche Opfer bringen. Die Partei ist aber leichter  
in der Lage, Opfer zu bringen, als der Einzelne. Die Konsequenz  
der Anträge sei die: Jeder Parteigenosse, der über 3000 Mark  
Einkommen habe, habe den Mehrbetrag abzufallen, eine andere  
Konsequenz die, daß die Inhaber von Reichstagsmandaten dafür  
an ihrem Geldbeutel gestraft werden. Sie müssen die Frage auch  
von der Seite der Ehrenfrage betrachten. Ich sage Ihnen ganz  
aufrichtig, ich würde mit diese Angriffe auf die Dauer nicht mehr  
gefallen lassen. Ich trete dann lieber in die Reihen der Partei-  
genossen zurück, die nur das Recht haben, zu räsonieren und be-  
dante mich dafür, als Zuschauer jedes dummen Streitpunkts zu  
dienen. (Lebhafte Beifall.) — K e i l - Mannheim berichtet über  
den Streit der baltischen Genossen in Sachen Dr. Rüdt. Er be-  
schuldigt Dr. Rüdt der Schürkerei, in der „Karlruher Zeitung“  
die Verhulbungen des Betruges gegen Dreesbach veran-  
laßt zu haben. Rüdt sei zwar von seinen Genossen  
zum Parteitag gewählt worden, er sei aber nicht her-  
gekommen, da er, wie er sagte, mit dieser Gesellschaft längst  
gebrochen habe. Der Parteitag solle noch einmal erklären, daß  
Rüdt mit der Partei nichts gemeint habe.

Dann tritt die Mittagspause ein. Aus Paris ist der fran-  
zösische Kammer-Deputierte Duc-Ducy eingetroffen, außer-  
dem wohnt Pfarrer Naumann-Frankfurt a. M. den Verhand-  
lungen des Parteitages bei.

### Aus dem Gerichtsaal.

\* Thorn, 6. Okt. In Nr. 166 der „Thornener Ostdeutschen  
Zeitung“ vom 18. Juli d. J. wurde ein Artikel veröffentlicht, in  
welchem ein von einem Offizier der hiesigen Garnison, Lieu-  
tenant Hänzel, verübtes Sittlichkeits-Ver-  
brechen besprochen ist. (Hänzel war, als er sich ermittelte, ab-  
flüchtig geworden.) In dem Artikel wurde u. a. gefagt, daß dieser  
Fall zeige, daß es in Folge des jetzt zu recht bestehenden geheimen  
Militärstrafverfahrens möglich ist, daß sich ein Verbrecher seiner  
gerechten Strafe durch die Flucht entzieht. Es heißt dann  
weiter in dem Artikel: „Wir zweifeln mit Recht, ob sich ein  
königl. preußischer Staatsanwalt findet, der in einem ähnlichen  
Falle nicht sofort mit einem Haftbefehl bei der Hand ist.“ Durch  
diesen Artikel hat sich das hiesige Gouvernementsgericht be-  
lebt und den Strafantrag gestellt. Die hiesige  
Staatsanwaltschaft hatte die Eröffnung des Hauptverschörens be-  
antragt, die Kerten-Strafammer des hiesigen Landgerichts hat aber  
durch Beschluss vom 7. September die Eröffnung des Hauptver-  
fahrens abgelehnt und die Kosten der Staatsfasse zur Last  
gelegt. In den Ausführungsgründen heißt es, daß es jedem  
Preußen unbekannt sei, seine Meinung darüber zu äußern, ob  
das bestehende Militärgerichtsverfahren Mängel hat und ob er  
einen das Bürgerschaftsverfahren für besser hält. Eine Beleidigung  
des Gouvernementsgerichts könne in dieser Kritik nicht erblickt  
werden. Gegen diesen Beschluss der Kerten-Strafammer legte die  
Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Oberlandesgericht in Mar-  
kwerden ein; doch hat der vorläufige Strafenant die Beschwerde ver-  
worfen. Auch der Strafenant tritt der Auffassung bei, daß der  
betroffene Artikel nur eine berechtigte Kritik des  
militärischen Strafverfahrens enthalte.

### Vermischtes.

+ Aus der Reichshauptstadt, 7. Okt. Mascagni ist  
programmgemäß am Sonnabend in Berlin eingetroffen und hat  
am Sonntag im „Neuen Theater“ seine „Cavalleria“ dirigirt. Der  
„Bör. Cour.“ berichtet über sein Auftritt: Mit Spannung sah  
das Publikum dem Erscheinen Mascagnis entgegen. Als er zum  
Dirigentenpult hinaufstieg, begrüßte ihn das Publikum mit leb-  
hafter Beifall. Mascagni, der inzwischen bereits Platz genommen  
hatte, erhob sich und verbeugte sich lächelnd nach allen Seiten.  
Aus der ersten Parquette wurde ihm ein Vorbeerkranz darge-  
reicht. Zu Anfang der Aufführung war das Publikum mehr Auge  
als Ohr. Alle Welt betrachtete Mascagni beim Dirigiren. Er  
handhabte die Battuta sehr energisch und das Orchester stand sicht-  
bar unter seiner Einwirkung. Nebenwegen hatte Mascagni die Par-  
titur zur „Cavalleria“, die er natürlich auch ohne Notenblätter be-  
herrschte, vor sich auf dem Pult. Wenn er beim Dirigiren die  
linke Hand erhob, bemerkte man am Gelenk ein breites, silbernes  
Armband. Mascagni dirigirte mit solchem Schwung, daß er wieder-  
holt das Taschentuch hervorziehen mußte, um sich das Gesicht zu  
trocknen.

Dr. med. et phil. Hermann Fischer, Senior der  
homöopathischen Aerzte Berlins, ist heute nach langen Leiden aus  
dem Leben geschieden. Die „B. N. N.“ schreiben über ihn u. a.: Dr. Hermann Fischer, aus Neuruppin gebürtig, ursprünglich  
Gymnasiallehrer, hatte sich erst als solcher dem Studium der Medizin zugewandt, und zwar besonders der Anatome. Er hat dies mit folgendem Erfolge, daß der verstorbene  
Geheime Rath von Langenbeck ihn als seinen ersten Assistenten berief. In dieser Stellung befremdete er sich mit  
der Homöopathie und je tiefer er in das Studium der Medizin ein-  
drang, desto mehr ward er von ihr angezogen. Obwohl Langenbeck  
ihm dringend abredete und ihm eine glänzende Zukunft als Chirurg  
in Aussicht stellte, gab Dr. Fischer doch diese Stellung auf und  
ließ sich als homöopathischer praktischer Arzt nieder, als welcher er  
dann namentlich durch die Sicherheit seiner Diagnose außerordent-  
liche Erfolge, zumal auch bei solchen Personen erzielte,  
die in der allopathischen Behandlung ausgegeben waren.  
Ein Beispiel, das namentlich in den Berliner Hof- und  
Militärkreis ein viel Aufsehen machte, war die Herstellung des  
bereits hochbetagten Generals von Pape von einem gefährlichen  
und weit vorgesetzten Blasenleiden und von Neuem die Her-  
stellung des damals hoch in den Siebziger stehenden Generals  
von einer schweren Lungenerkrankung. Als Pape sich damals bei  
dem Kaiser Wilhelm als gesund meldete, sagte der Monarch  
herzerg: „Ich begreife nicht, wie man in Ihrem Alter den Deut-  
habet kann, sich von einem Homöopathen behandeln zu lassen.“  
Pape erwiderte: „Und ich begreife nicht, Majestät, wie man  
in meinem Alter den Mut habe kann, sich von einem  
Homöopathen behandeln zu lassen.“ Ein anderer, wenig in  
die Feindseligkeit getretener Fall war der hervorragende Anteil,  
den Dr. Fischer an der Wiederherstellung des Augenlichts der Frau  
Großherzogin von Baden hatte, als diese in Folge der  
schweren Schleimabschläge der Jahre 1887 und 1888 und der dabei  
vergessenen vielen Thränen von Erblindung bedroht war. Allen  
Unberührten gewährte er Medizin (er diejenige selbst) und Be-  
handlung unentgeltlich, wie er auch das homöopathische Kranken-  
haus in Leipzig mit reichen Belägen ausstattete.

Herz W. H. Lehmann, der einzige Direktor des „Wallner-  
theaters“, lehrt aus Wiesbaden nach Berlin zurück, um vom nächsten

Herbst an die Leitung des „Adolph Grün-Theater“ zu  
übernehmen, welches er gepachtet hat. Mit der „Klinik für kranke  
Stücke“, die Herr Hassenmann etabliert wollte, scheint es also nichts  
zu werden, wie vorausgesessen war.

Bei dem Tanzen gestorben ist in der Nacht zum  
Montag die 33jährige Verkäuferin Klara Schaller. Das Mädchen  
war in der Vorzellanhandlung von König in der Jerusalemstraße  
beschäftigt. Der Besitzer dieses Hauses feierte gestern Abend bei  
Zimmermann in der Mohrenstraße seine Hochzeit, zu der auch die  
Schaller mit ihrem Bräutigam eingeladen war. Das Mädchen,  
das in der letzten Zeit unter mäßlichen persönlichen Verhältnissen  
lebte und sich nicht genügend ernährte, hatte sich wohl im Essen  
etwas übernommen, was ihr um so schädlicher wurde, als sie es  
gar nicht trug. Während sie bei ihrem Bräutigam stand, der  
Maler hiepte, forderte ein Herr sie zum Tanze auf. Raum hatte  
sie eine Runde gemacht, so brach sie zusammen und war eine Leiche.  
Ein Herzschlag hat ihr Leben ein Ende gemacht.

Einen Busamensök mit einem Pferde-  
bahnwagen veranlaßte am Sonnabend das unsinnig schnelle  
Fahren eines Schlägerwagens. Als ein Wagen der Werbebahn  
an der Ecke der Charlotten- und Zimmerstraße über die Zimmer-  
straße hinwegfahren wollte, kam diese entlang von der Markthalle  
hier ein Wagen des Schlägermeisters Nogat aus der Elbena-  
straße in scharem Galopp dahergeschossen und fuhr, da der Kutscher  
nicht partern konnte, mit dem Scheerbaum in die Scheiben des  
Werbebahnhagens hinein. Das Pferd bämpte und zerschalt sich  
dabei an den Glassplittern den Kopf durch einen langen Schnitt  
von oben nach unten. Die Insassen des Werbebahnhagens wurden  
mit Glasscherben übersät, verletzt wurde jedoch glücklicherweise  
Niemand.

Der Raumordner Richard Eppel, dessen Erziehung  
wir neulich meldeten, wurde heute Nachmittag von zwei lästischen  
Kriminalpolizisten im Moabit Untersuchungsgesangnis einge-  
holt.

Tödlich verunglückt ist Sonntag Vormittag um 8<sup>1/2</sup>  
Uhr der 37jährige Arbeiter Jädicke in der Norddeutschen Druckerei.  
Jädicke, der seit 20 Jahren dort täglich gewesen ist, war damit be-  
schäftigt, an dem Fahrstuhl eine kleine Ausbesserung vorzu-  
nehmen. Der Fahrstuhl befand sich dabei in der Höhe des dritten  
Stockwerkes. Als sich nun unversehens eine Schraube löste, stürzte  
er hinunter, während das Gegengewicht ebenso schnell emporstieg.  
Der Arbeiter, der außerhalb des Fahrstuhles gestanden hatte, sah  
diesem in die Tiefe nach. Während er so vorübergezogen stand, schlug  
im vierten Stock das Gegengewicht über die Welle, kam herabgesetzt und traf Jädicke gerade ins Genick, sodass es ihm  
die Wirbelsäule zerbrach und ihn auf der Stelle tödete.

Von den beiden Einbrechern, die aus Schneide-  
mühl hierher transportiert worden sind, ist der eine, welcher sich  
als Kaufmann Förster bezeichnet hatte, hier als der mehrfach mit  
Buchthaus bestrafte Konditor Otto Föhrer erkannt worden.  
Der andere scheint den Namen Lux mit Recht zu führen. Beide  
haben eingeräumt, den großen Überrenditehahl in der Wallstraße  
verübt zu haben, und wollen zwanzig Pfandscheine über gestohlene  
und verlegte Utensilien im Polizeigefängnis zu Schneide-  
mühl hinter einer Leiste der Brüder versteckt haben.

Der angebliche Raubmord versuchte an dem  
Buchhalter Wilhelm Schlee, über den wir fogleich berichteten, hat  
sich, wie vermutet wurde, als erstanden herausgefegt. Auf nach-  
drückliche Vorhaltung hat S. nach dem „L.-A.“ zugegeben, daß er  
sich die beiden Schuhmänner in selbstdörferischer Absicht selbst beigebracht hat. Er hat auch die Behauptung, daß ihm Geld und  
Uhr geraubt worden sei, nicht aufrecht erhalten.

+ Der Pianist Eugen d'Albert, der bekanntlich in der  
vorigen Woche von seiner zweiten Frau Teresa Carreno ge-  
schieden wurde, gedenkt sich, wie erzählt wird, in nächster Zeit mit  
Fräulein Finch, der dramatischen Sängerin an der Weimarer  
Oper, zu vermählen, also zum dritten Male zu heiraten.

+ Das neuerrichtete Theater in Rostock ist am Sonntag,  
den „B. N. N.“ zufolge, in feierlicher Weise eröffnet worden. Der  
Direktor Hagen hielt eine Ansprache, nach deren Schluss die Oper  
„Lohengrin“ zur Aufführung gelangte. Die Vorstellung, welche  
gegen 12 Uhr Nachts beendet war, erntete reichen Beifall. — Das  
neue Stadttheater, welches an Stelle des alten im Jahre 1880  
niedergebrannten Theaters auf dem Rosengarten errichtet worden  
ist von dem Architekten Sperling-Berlin erbaut worden. Die Bau-  
kosten haben rund 600 000 M. betragen. Das Gebäude, welches  
1907 Platz enthält, ist mit elektrischem Licht versehen. (Direktor  
des Stadttheaters in Rostock war, wie bekannt, einst auch der jetzige  
Direktor des Stadttheaters in Bremen M. Richards. — Red.)

### Stadtverordneten-Versammlung.

R. Bösen, 7. Okt.

Unter dem Vorsitz des Herrn Justizrat Orgler fand heute  
Nachmittag 5<sup>1/2</sup> Uhr eine Stadtverordneten-Sitzung statt. Der  
Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einer Reihe von Mitteilungen.  
Der neue Ober-Landesgerichtspräsident Dr. Gryczewski ist  
herr der Versammlung seinem Amtsantritt am 1. Oktober d. J. mit.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und auf Vor-  
schlag des Vorsitzenden zu den Wahlen geschritten. Nach  
dem Bericht des Stadtv. Förster im Namen der Wahlkommission  
wird zum Ortsbezirks-Vorsteher für den 9. Bezirk der Kaufmann E. Schlesinger, Wallstraße 57 gewählt.  
Der bisher in der städtischen Verwaltung beschäftigte Assessor Starke  
ist wieder in den Justizdienst zurückgetreten; an seine Stelle wird  
Professor Joseph Seling zum Armen-Deputirten gewählt.  
Zu Armenräthen wählt die Versammlung den Spediteur Johann Murkowski, den Haus-  
besitzer Wittgen und den Buchhändler Curt Böttger.  
Der zum Schiedsmanns-Stellvertreter gewählte  
Konditor Adamski hat diese Wahl abgelehnt; an seine Stelle wird  
Apotheker Gäßel (Breslauerstr.) gewählt. Es folgt die Wahl  
zweier Mitglieder in die Pfand- und Deputation. Die  
Wahlkommission schlägt vor, den Hausbesitzer Herzberg wieder-  
und den Postzoll-Inspektor a. D. Glasemann neu zu wählen.  
Die Wiederwahl des Herrn Herzberg wird genehmigt. Für  
Herrn Glasemann wird Rechnungsrath a. D. Tiedke aus der  
Versammlung mit der Motivierung vorgeschlagen, daß man für  
dieses Amt einen mit dem Kassenwesen vertrauten Mann wählen  
möchte. Bei der Abstimmung wird jedoch die Wahl beider Herren  
abgelehnt und die Wahlkommission beauftragt, neue Vorschläge  
zu machen.

Es wird hierauf zur Wahl eines besoldeten Stadtrathes und von fünf unbesoldeten Stadträthen  
übergegangen. Wie der Vorsitzende berichtet, sind für die  
Stelle eines besoldeten Stadtrathes 16 Bewerbungen eingegangen,  
davon jedoch zwei Bewerbungen zurückgezogen worden, sobald unter  
14 Bewerbern die Wahl zu treffen ist. Die Namen der 14 Bewerber  
werden bekannt gegeben. Es folgt eine kurze Geschäfts-  
ordnungs-Debatte. Stadtv. Manheimer beantragt, über die  
Kandidatenfrage zuvor in einer geheimen Sitzung zu entscheiden, in einer ver-  
traulichen Besprechung einzutreten. Oberbürgermeister Wittig  
bittet, aus äußersten Gründen zu einer geheimen Sitzung überzu-  
gehen. Die Versammlung beschließt eine vertrauliche Besprechung,  
die eine längere Zeit in Anspruch nimmt. Nach derselben wird in  
den Wahlkasten eingetragen, bei welchem die Stadtv. Placzek  
und Dr. Gryczewski als Stimmenzähler fungieren. Bei der

Wahl zum besoldeten Stadtrath erhält von 31 abge-  
gebenen Stimmen Gerichtsassessor Peters 25 Stimmen und Magistrats-Assessor Schmiede 6 Stimmen. Ersterer  
ist somit gewählt.

Bei der nächsten Wahlgänge werden die bisherigen Stadträthe, die  
Herren Ingenieur Schweiger, Kommerzienrat Herz und  
Generalagent Fontaine, deren Wahlperiode am 31. Dezember  
1895 abläuft, zu unbefoldeten Stadträthen auf die Dauer von sechs  
Jahren einstimmt wieder gewählt.

Mittels Schreibens an den Oberbürgermeister vom 30. Sep-  
tember d. J. bat der Stadtrath Adolf Kantorowicz sein  
noch bis zum 31. Dezember d. J. dauerndes Amt mit Rückicht auf  
seine geschwächte Gesundheit niedergelegt und auch dem Stadtv.  
verordneten-Vorsteher durch Schreiben hieron Kenntnis  
gegeben. Mit 21 von 31 abgegebenen Stimmen wird Herr Adolf  
Kantorowicz zum unbefoldeten Stadtrath wiedergewählt,  
während 9 Stimmen auf den Stadtv. Lazar Kantorowicz fielen.  
Nach einem an die Versammlung gerichteten Schreiben des  
Magistrats hat der Sanitätsrat Dr. Osowicki sein noch bis  
zum 31. Januar 1899 laufendes Amt als unbefoldeten Stadtrath  
aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Die polnische Fraktion der  
Stadtverordneten-Versammlung präsentiert für dieses Amt einen  
polnischen Rechtsanwalt. Stadtv. Dr. Lewinski beantragt  
die Verlängerung der noch nicht genügend vorbereiteten Wahl. Stadtv.  
Placzek spricht gegen die Verlängerung, da bereits eine bestimmte  
Person ins Auge gesetzt ist. Stadtv. Herzberg möchte für diese  
Stelle wieder einen Mediciner gewählt sehen und erklärt sich für  
die Verlängerung. Stadtv. Dr. Gryczewski erklärt, polnischereits  
wurde auch nach acht Tagen eine andere Verhältnis nicht vorge-  
schlagen werden können. Eine Verlängerung der Wahl wäre daher  
zwecklos. Die Verlängerung wird indeß doch bestellt.

Der Vorsitzende spricht dem Sanitätsrat Dr. Osowicki  
für seine langjährige Tätigkeit als Magistratsmitglied den Dank  
aus und die Versammlung erhebt sich zur Bezeugung ihres Dankes  
von den Sitzen.

Sodann berichtet Stadtv. Förster über die Magistratsvor-  
lage betreffend die Verlängerung der Wasserleitung der  
Vorstadt Bawabe. Danach wurde auf die Wasserleitung 1890 bis zur Bawade geführt. Die Abzäsuren  
auf der Bawade wünschten nun die Leitung durch die Vorstadt ge-  
legt, bewußten sich jedoch vergeblich. Sie wurden vom Magistrat  
und auf ihre Vorstellung auch vom Regierungspräsidenten abge-  
wiesen. Inzwischen habe die Sanitäts-Kommission 1893 die Wa-  
sers-  
verhältnisse auf der Bawade untersucht und für ungenügend er-  
klärt, was durch den Brand am 12. Juli 1894 auch bestätigt wor-  
den sei, da es bei dieser Gelegenheit an Wasser zum Böschen man-  
gelte. Auf ein erneutes Gesuch der Abzäsuren beantragt die  
Magistrat die Verlängerung der Wasserleitung durch die  
Bawade und die Baw- und Finanzkommission befürwortete diesen  
Antrag und bitte, die Kosten mit 4700 M. zu bewilligen. Die Be-  
willigung wird ausgesprochen.

Sodann berichtet Stadtv. Förster über die Ablösung  
der Verpflichtung seitens der Stadt Bösen zur  
Übergabe der städtischen Turnhalle am Grünen  
Platz für den Turnunterricht des Realgym-  
nasiums. Danach übernahm die Stadt Bösen bei der Übergabe  
des Realgymnasiums auf den Staat seinerzeit die Ver-  
pflichtung, dem Realgymnasiuam die städtische Turnhalle am Grünen  
Platz für die Erteilung des Turnunterrichts im vollen Umfange  
zur Verfügung zu stellen, die Turnhalle auch mit allen für den  
Turnunterricht erforderlichen Einrichtungen dauernd zu verleihen,  
wie die Turnhalle zu bereitstellen, zu bebauen und zu beleuchten.  
Die Turnhalle ist von der Anstalt zu deren Turnunterricht auch  
benutzt worden, jedoch hat das Provinzial-Schulkollegium der Stadt  
bei der Finanzpräfektur des der Anstalt anzustehenden Benutzungs-  
rechtes viel Entgegenkommen bewiesen. Seit längerer Zeit schwanken  
nun zwischen dem Provinzial-Schulkollegium und der Stadt Bösen  
Verhandlungen wegen Ablösung der Verpflichtung der Kom-  
mune Bösen zur Übergabe der Turnhalle. Die Verhandlungen  
haben zum Abschluß eines neuen Vertrages geführt, nach  
welchem die Stadt Bösen gegen Zahlung einer einmaligen  
Ablösungsumme von 20 000 M. an das Provinzial-Schulkollegium von  
der Verpflichtung dauernd befreit sein soll, die Turnhalle zur  
Übergabe des Realgymnasiuam zu halten. Das  
Realgymnasiuam soll dann aus Staatsmitteln eine eigene Turnhalle  
erhalten, mit deren Bau sofort nach Genehmigung des Vertrages  
durch den Minister begonnen werden soll. Der Referent Stadtv.  
Dr. Kranz weist auf die bevorstehende Umwandlung des Real-  
gymnasiuam in eine lateinlose Realschule und die damit wahr-  
scheinlich verbundene Vergrößerung der Anstalt hin. Unter diesen  
Verhältnissen würde auch die Zahl der Turnstunden am Real-  
gymnasiuam größer werden und schließlich die städtische Turnhalle  
für den ganzen Tag belegen, sodass die Stadt alsdann genötigt  
wäre, für ihre Schulen eine neue Turnhalle zu bauen, die natür-  
lich viel mehr als 20 000 M. kosten würde. Die Turnhalle am  
Grünen Platz habe seiner Zeit 54 000 M. gekostet. Unter diesen  
Umständen und bei dem weitgezogenen Entgegenkommen des Pro-  
vinzial-Schulkollegiums, das ursprünglich eine weit höhere Ablö-  
zungsumme von der Stadt verlangte, empfiehlt der Referent  
namens der Finanzkommission die Annahme des neuen Vertrages,  
damals die Angelegenheit dringlich sei.

In der sich an diese Magistratsvorlage anschließenden Debatte  
bietet Stadtv. Brodnitz um Zurückweisung der Vorlage an die  
vereinigte Finanz- und Rechtskommission. Durch die geplante Um-  
wandlung des Realgymnasiuam in eine lateinlose Realschule ent-  
steht die Rechtsfrage, ob die Stadt unter den veränderten Verhältnis-  
sen der Anstalt auch noch verpflichtet sei, eine Turnhalle für die  
Anstalt zu beschaffen. Die ganze Sache erscheint somit nicht vor-  
hersehbar. Stadtv. Manheimer erachtet die Angelegenheit von den  
gegenwärtigen Verhältnissen

Genehmigung nachzuladen, dieselben durch Anleihescheine mit 3 Prozent begeben zu dürfen, um der Stadt die Zinszahlung zu erleichtern. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Nach dem Berichte des Stadts. Dr. Krantz werden der Witwe des verstorbenen Schuldner Simon 250 M. Pension aus dem Jahr widerruflich bewilligt.

Schluss der Sitzung 7% Uhr.

### Solales.

Posen, 8. Oktober.

\* Aenderung der Farben der Wechselseitstempelmarken. Die Reichsregierung soll nach der „Schles. Sta.“ beabsichtigen, die Farbe der Wechselseitstempelmarken alljährlich zu ändern, den Marken aus den früheren Jahrgängen die Weiterverwendbarkeit zu entziehen und nur den jüdischen Umtausch dieser Marken innerhalb einer bestimmten Frist zu gestatten. Diese Maßregel hat den Zweck, die Entbedung verspäteter Besteuerung von Wechseln, namentlich der sogenannten Depotwechsel, zu erleichtern und dadurch mittelbar auf diese Weise eine Erhöhung der Einnahme aus der Wechselseitstempelsteuer infolge zu erzielen, als bei einer derartigen Anordnung die Besteuerung der Wechsel wegen der Gefahr der Entbedung jedenfalls nicht über den Ablauf eines Jahres, in welchem die Stempelverwendung gesetzlich stattfinden muß, hinaus wird verschoben werden, während jetzt vielfach Sicherheitswechsel ganz unversteuert bleiben. — Indes sollen die zuständigen Steuerbehörden selbst noch im Zweifel darüber sein, ob diese zu erwartenden Ergebnisse der beabsichtigten Maßregel zu der mit einer solchen nothwendig verbundenen Belästigung der beteiligten Bevölkerungskreise und der dadurch entstehenden Mühselwaltung der den Stempelumtausch bewirkenden Behörden und Beamten in einem angemessenen Verhältnis stehen werden.

n. Gerichtshofur. Gestern Abend führte auf dem dem Kaufmann Adolf Bachynski gehörigen Neubau, Breitestraße 16/17, ein in dem kreisförmigen Treppenhaus aus 3 Etagen bestehendes Gerüst zusammen, wodurch 3 Personen mit in die Tiefe gerissen wurden; während 2 Personen nur anscheinend leichte Verletzungen erlitten, wurde ein Maurer schwer verletzt, so daß seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus erfolgen musste.

\* Feuer. Gestern Abend 7/8 Uhr kam ein in der Gr. Gerberstraße Nr. 36 4. Etage wohnendes Ehepaar in Streit, der in eine Brüge ausartete. Hierbei zerschlug der Mann mit einem Stock die auf dem Tische stehende Petroleumlampe und verursachte dadurch einen kleinen Stubenbrand. Von Hausbewohnern wurde das Feuer bald gelöscht, so daß die zwischen alarmierte Feuerwehr nicht einzutreten brauchte.

\* Ordensverleihung. Dem Präparanden-Amtstagsvorsteher a. D. Ufer zu Czernitzau ist der Rote Adlerorden 4. Kl. verliehen worden.

### Aus der Provinz Posen.

\*\* Weizenhöhe, 7. Okt. [Die Scharlachepidemie] scheint nunmehr dem Erlöschen nahe zu sein, da neuerdings keine neuen Erkrankungsfälle zu konstatieren sind. Im Ganzen hat die Krankheit etwa 12 Dörfer, darunter eine erwachsene Dame, Frau Major Friedberg, gefordert.

E. Wongrowitz, 6. Okt. [Konkurs] Über das Vermögen des Rittergutsbesitzers Edmund v. Chrzanowski aus Ostrowo bei Lopienno ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Stargard i. P., 6. Okt. [Die Mobilisierung einrichtung des Bankiers Abel] der durch Selbstmord geendet hat, kam gestern und heute unter den Hammer. Einzelne Möbel sind vor ihrer Ausbietung besonders durchsucht worden. Dabei fand man in einem Schubfache eine mit Doppelschlüsseln gefüllte Börse, die von dem Konkursverwalter sofort beschlagnahmt wurde.

### Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 7. Okt. Der Großherzog reist heute gemäß den bereits früher getroffenen Besitzungen von der Wartburg nach Heinrichsau ab, woselbst sich die Großherzogin in langsamer, aber außer Rekonvaleszenz befindet.

Wien, 7. Okt. Die „Politische Correspondenz“ veröffentlicht den Text der am 2. d. Mts. von dem Doyen der Botschafter an die Börse gerichteten Verhältnote. Derselbe lautet: „Der Doyen der Botschafter und seine Kollegen erhielten theilsweise von Augenzeugen Nachrichten über die gestrigen und vorgestrigen Vorfälle in Stamboul, aus denen hervorgeht, 1. daß Privatpersonen von Polizeiagenten geführte Gefangene geschlagen und getötet haben, ohne daß die Polizeiagenten sich solchem Vorhaben widersetzen; 2. daß Privatpersonen vollständig ruhige Leute angegriffen haben; 3. daß verwundete Gefangene in den Höfen der Polizeistationen und Gefängnisse kalten Blutes gestorben worden sind. Da die Botschafter befürchten, daß eine Fortdauer derartiger Exesse zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die ihnen anvertrauten Interessen werden könnte, glauben sie die ernsthafte Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung auf diese Zustände lenken zu müssen und ihr, da es ausschließlich Sache der Behörden ist, Unruhen zu unterdrücken, zu raten, Privatpersonen die Theilnahme an der Unterdrückung von Ruhestörungen und an Massenexessen zu verbieten, sowie die nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, um so rasch als möglich die Ordnung wieder herzustellen, damit unnützes Blutvergießen vermieden werde.“

Auf diese Note erhielten die Botschafter gestern von der Börse die Zusicherung, daß die Herbeiführung einer baldigen Beruhigung mit ernsten Mitteln angestrebt werden wird.

Wien, 7. Okt. Die „Pol. Kor.“ meldet aus Bokarest: Der Ackerbauminister Carp, der Finanzminister Germani und der Justizminister Marghiloman verlangen den Rücktritt des gesamten Kabinetts und haben für den Fall der Ablehnung ihres Antrages ihr Ausscheiden aus dem Ministerium angekündigt. Ein am 4. d. M. abgehaltener Ministerrat beschloß, dem Wunsche des Königs, daß die Regelung der Situation bis nach der Beendigung der Manöver vertagt werde, Rechnung zu tragen. In der Meldung des genannten Blattes werden für eine etwaige Neubildung des Kabinetts der Senatspräsident Cantacuzino, der Kammerpräsident Mano oder der Vizepräsident der Kammer Demeter Sturdza als in Betracht kommend genannt.

Lemberg, 6. Okt. Der Ministerpräsident Graf Badeni ist heute Nachmittag beauftragt seiner Verabschiedung hier eingetroffen. In seiner Antwort auf die Ansprache des Stathalter-Vizepräsidenten dankte Graf Badeni tiefsinnig für die ihm ausgedrückte ungewöhnliche Anhänglichkeit; er empfahl den Beamten als aufrechter Freund und Gönner die Befolgung der Grundätze, die ihm bisher zur Richtschnur geboten und durch die er sich das Vertrauen und die Anerkennung des Monarchen, sowie seiner Mitbürger und Mitarbeiter gewonnen habe, nämlich: ein reines Gewissen, auf Disziplin gehüteten guten Willen und Arbeitslust. Abends fand zu Ehren des Ministerpräsidenten ein Festzug und militärischer Zapfenstreich statt.

Berlin, 7. Okt. Die „Ball Mall Gazette“ veröffentlichte folgende Depesche aus Antananarivo vom 25. September: Eine wütende Menge drang in den englischen Kirchhof ein, zerbrach die Särge und verstümmelte die Leichname. Die madagassische Armee in Ambohimanga ist von der französischen Streitmacht hart bedrängt. Die französischen und die madagassischen Truppen sind jetzt von der Hauptstadt aus sichtbar; Kanonenodonner wird deutlich hier vernommen. Es verlautet, daß eine diplomatische Mission abging, um mit den Franzosen zu unterscheiden.

Wien, 7. Okt. In der Katholikirche fand gestern die Fahnenweihe des Vereins „Bayern“ statt. Der Protektor des Vereins, der bayerische Gesandte Graf von Bayreuth, das Personal der bayerischen Gesandtschaft und zahlreiche Angehörige des deutschen Reiches wohnten derselben bei. Der Erzherzog Ferdinand war während des größten Theils der Feierlichkeit im Publikum anwesend. Pater Wimmer hielt die Feierrede, worauf Prälat Marcellus die Fahnenweihe nahm. Die Fahnenmutter Prinzessin Auguste von Bayern, Gemahlin des Erzherzogs Joseph August, war durch die Gräfin Montgelas vertreten. Am Abend fand eine Festlichkeit anlässlich der zehnjährigen Gründungsfeier des Vereins und des 25. Gedenktages des Ausmarsches der bayerischen Truppen nach Frankreich statt.

Rom, 7. Okt. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massaua vom 7. d. Mts.: Kundschafter berichten, Menelik habe sich in Bewegung gesetzt und das Kontingent in Harrar rücke auf Schoa vor. Das Mangascha beginnt Verstärkungen heranzuziehen. Dieser Situation gegenüber entschied sich General Baratieri für den Vormarsch von Adigrat, um den Feind zu hindern, sich zu verstärken und jede Gefahr eines Einfalles zu verhüten. General Baratieri begann heute seine Operationen.

Rom, 7. Okt. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wird der König von Portugal gegen Mitte dieses Monats Paris verlassen und sich nach Rom begeben, um dem König und der Königin einen offiziellen Besuch abzustatten.

Petersburg, 7. Oktober. Der deutsche Botschafter Fürst von Radolin ist gestern nach Moskau abgereist. Wie verschiedene Blätter melden, hängt die Reise mit den Maßnahmen zusammen, welche der Botschafter für den Aufenthalt in Moskau während der Kaiserkrönung treffen will.

Paris, 7. Okt. Präsident Faure empfing Nachmittags 4 Uhr den Großfürsten Sergius und um 5 Uhr den Herzog von Asturien. Eine halbe Stunde später erwiderete Präsident Faure diese Besuche.

Brüssel, 7. Okt. Der Eisenbahnunfall bei Ottignies wird dem Umstande zugeschrieben, daß an dem Orte der Katastrophe zwei Eisenbahnlinten sich befinden, von denen die eine dem Staate, die andere der Eisenbahn-Gesellschaft „Grand Central Belge“ gehört. Man sagt auch, der Bahnwärter an dem außen Vorort wäre wegen der Sonntagsruhe durch einen Vorarbeiter der Eisenbahnarbeiter, der mit dem Dienste nicht recht vertraut war, vertreten worden. Der Eisenbahminister Vandeneperreboom, der von den Festlichkeiten in Nivelles zurückkehrte, befand sich beim Abgang des verunglückten Zuges in demselben, hatte aber auf der vorhergehenden Station einen anderen Zug gekommen.

Dublin, 7. Okt. Heute wurde hier eine Versammlung der Botschaften abgehalten. John Redmond führte den Vorsitz und erklärte, Irland bestände auf „Home rule“ und würde mit bloßen Besserungsmaßregeln nicht zufrieden sein. Wenn ein Krieg in Europa ausbrechen sollte, würden die Länder unter den Klängen der „Marschallasse“, nicht unter denen des „God save the queen“ marschieren. Die Versammlung nahm Resolutionen zu Gunsten von Home rule und zu Gunsten einer Annexion der politischen Gefangen an.

Kopenhagen, 7. Okt. Der Reichstag wurde heute in üblicher Weise eröffnet. Beide Thinge wählten ihre bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten wieder. Im Folksrat stündigte Krabbe einen Antrag zu den Grundgesetzmäßigkeiten an, betreffend die Bevollmächtigungsgelehrte, die Mitgliederzahl des Folksrats und die Zusammenzung des Reichsgerichtes, nebst einem Antrag, betreffend ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit.

Konstantinopel, 7. Okt. Viele ungeschuldig verurteilte armenische Passanten werden jetzt entlassen; beinahe alle beklagen sich über Mißhandlungen, welche sie bei ihrer Arrestirung oder im Arrest erlitten hätten. Es ist festgestellt, daß Sofas und Pöbel in verschiedenen armenischen Vierteln Raub begangen haben.

Zur Verstärkung der Polizei, welche sich in wiederholten Fällen als zu schwach erwies, um Ausschreitungen der Bevölkerung zu verhindern, werden seit zwei Tagen Truppenabtheilungen herangezogen.

Die Kirchen sind immer noch mit Flüchtlingen angefüllt, welche offenbar diese Asyle nicht vor dem Eintritt voller Beruhigung zu verlassen wagen.

### Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pol. Sta.“

Berlin, 8. Okt. Vormittags.

Die „Pol. Sta.“ meldet aus Graz: Die Nebenfälle auf Deutsche in Libau mehren sich. Ein deutscher Doktor der Medizin wurde am Sonntag von einer Schaar slowenischer Burschen beleidigt. Sie schreien: „Ins Wasser mit dem deutschen Hund.“ Seine entschlossene Haltung reizte ihn. Der „Pol. Anz.“ meldet aus Reichenhall: Hier explodiert in einer chemischen Waschanstalt Benzin; die Gattin des Besitzers wurde dadurch schwer verletzt.

Der „Volksanzeiger“ meldet aus Paris: Im Keller eines Hauses wurde eine mit Sprengstoff gefüllte und mit einer glühenden Lunte versehene Flasche vorgefunden. Dieselbe konnte noch rechtzeitig entfernt werden. Es ist noch unermittelt, ob ein Raub oder ein anarchistischer Anschlag vorliegt.

Kronberg, 8. Okt. Die Kaiserin Friedrich wird auf 2 bis 3 Wochen nach Italien reisen und dann den Winter über in Berlin wohnen.

Cuxhaven, 8. Okt. Der Schleppdampfer „Swallow“ schleppte den russischen Schooner „Serger“ ein, der ohne Mannschaft und voll Wasser war. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt.

Wien, 8. Okt. Dem Vernehmen nach hat sich der Zustand des Erzherzogs Franz Ferdinand verschlechtert.

Petersburg, 8. Okt. Es ist eine Nachricht eingetroffen, daß in dem Befinden des Großfürsten-Chronfolger eine gefährdende Verschlimmerung eingetreten ist.

London, 8. Okt. Die deutsche Bark „Courier“, von Göteborg nach Stettin unterwegs, strandete bei Stav und ist total verloren. Man weiß nicht, ob die Mannschaft gerettet werden konnte.

### Russlands Getreideexport.

Petersburg, 7. Okt.

In der Woche vom 29. September bis 5. Oktober sind über die Hauptzollämter 10 626 000蒲得 Getreide ausgeführt worden. Davon entfielen auf:

Laufende Woche.	Borwoche.
Wolzen . . . 4 370 000蒲得	3 333 000蒲得
Roggen . . . 1 715 000 .	1 058 000 =
Gerste . . . 3 021 000 .	2 686 000 =
Häfer . . . 1 444 000 .	755 000 =
Weiz . . . 76 000 .	142 000 =

### Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 5. Okt. [Butter-Bericht von Gustav Schulze u. Sohn in Berlin.] Über den Verlauf des zweitwöchentlichen Geschäfts ist wenig Neues zu berichten. Die Stimmung blieb unverändert fest und da nach allen Qualitätshofbutter sich anhaltend rege Frage zeigte, konnten die Einfuhrungen zu den bisherigen Preisen plaziert werden. Auch von den auswärtigen Märkten laufen die Berichte fest; bei flottem Absatz erhöhte Kopenhagen 2 Kronen per Ctr. für die I. Kl., während Hamburg unverändert fest behauptet blieb. Nach frischer inländischer Landbuttermarkt bestand gute Kaufluft, wogegen die recht umfangreichen Zufuhren russischer, polnischer und galizischer Butter nur wenig Beachtung fanden. Preise erfuhren keine Veränderung. Am 1. Okt. eine Notierung der von der ständigen Deputation gewählten Notrungs-Kommission. Preise im Berliner Großhandel zum Wochendurchschnitt per comptant. — Butter. Hof- und Genossenschaftsbutter Ia. per 50 Kilogr. 113 M., IIa. 110 M., IIIa. — M., abfallende 103 M. Landbuttermarkt: Preußische 85—90 M., Meißnische 88—88 M., Pommersche 83—88 M., Polnische 80—83 M., Bayerische 85—90 M., Galizische 73—78 M., Margarine 30—60 M. — Tendenz: Fest.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1895.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter. i. Cels. Grad.
7. Nachm. 2	746,2	SW frisch	wolfig +18,1
7. Abends 9	750,2	SW leicht	zieml. heiter *) 11,7
8. Morgs. 7	753,4	Wl. Zug bedekt *)	+ 7,0
Am 7. Oktbr.	Wärme-Maximum + 18,1° Cels.		
Am 7.	Wärme-Minimum + 11,7°		
*) Um 5 Uhr	Gewitter mit starkem Regen bis 5/4 Uh (4,2 mm).		
*) Starker Nebel.			

### Fonds- und Produktions-Börsenberichte.

#### Fonds-Berichte.

\* Berlin, 7. Oktober. Die heutige Börse zeigte im ganzen Verlauf schwante Haltung; die Tendenz gestaltete sich überwiegend fest. Von Beginn ab waren Montanerthe weder bevorzugt und wandte das größere Interesse den Kohlenaktien zu, die auf eine von der „A. B.“ signalisierte bevorstehende Preiserhöhung der Magdeburger durchweg um 2 bis 3 Proz. gewannen. Harzner und Hibernia, daneben Gelsenkirchener, Konkurrenz und sonstige hatten bei steigenden Kursen lebhaften Verkehr. Von den Eisenakten stiegen Laurahütte im Zusammenhang mit Breslauer Angaben von einem Verkauf der Katharinenhütte, während Dortmund unter der Entwicklung des schlechten Jahresabschlusses angeboten blieben. Bochumer und sonstige lagen fest. Am Bantenviertel regten bessere Londoner Kurse zur Fertigstellung an und auch Wien zeigte heute im Ganzen gute Haltung. Neben Diskonto-Antheilen und Kreditaktien waren namentlich noch Darmstädter Bank amtiert und höher, ferner Dresdner Bank und Handelsgesellschaftsanteile zu erleben. Deutsche Bahnhäfen waren wenig verändert; von österreichischen Bombarden höher gefragt. Auch schweizerische Bahnen lagen fest, wogegen italienische billiger erhältlich waren und Canada stark schwankten. Fremde Fonds verkehrten mehrfach schwächer, so Mexikaner, Italiener, Türkische Loose, Ungarn etc. Nebengebiete still. Die Nachfrage war recht fest. Privatdiskont 2½ Prozent. (R. 8.)

Dresden, 7. Okt. (Schlußkurse.) Schwach. Neue Proz. Ritterbahnleihe 100,20 3½ proz. B.-Blaubr. 100,50, Konsol. Türkei 25,60, Türkei. Loos 138,25, 4proz. ung. Goldbr. 103,75, Bresl. Distriktaband 127,75, Breslauer Wechslerbank 112,75, Kreditaktien 253,50, Schles. Banknoten 138,00, Donnersmarckbahn 153,50, Rüther Wechslerbank —, Kattowitzer Atticus-Gesellschaft 164,75, Oberländer Eisenbahn 88,50, Oberländer Cement 117,50, Schles. Cement 183,50, Oppeln. Cement 127,00, Krakau 142,75, Schles. Bautzland 210,00, Laura- hütte 156,50

Rupees 62<sup>1/4</sup>, Sproz. fumb. arg. A. 79<sup>1/4</sup>, Sproz. arg. Golbansche. 74<sup>1/4</sup>, 4<sup>1/4</sup>, proz. aus. do. 50, 3 proz. Reichsanl. 98, Griech. 81. Anleihe 32<sup>1/2</sup>, do. 87er Monopol-Anl. 34<sup>1/2</sup>, 4 proz. Griechen 1889er 28, Bras. 89er Anl. 74<sup>1/2</sup>, Sproz. Western de Min. 83, Neu Mexikan. Anleihe von 1893 93<sup>1/2</sup>, Plazdiskont 5<sup>1/2</sup>, Silber 30<sup>1/4</sup>. Anatolier 93, Chineen 106, Sproz. Chineen (Charterd Bank) Anleihe 110<sup>1/2</sup>, 3 proz. ung. Goldanl. 89<sup>1/2</sup>.

Paris, 7. Ott. (Schlußkuriere.) Fest.

Sproz. amort. Rente 100,00, Sproz. Rente 100,50, Italien. Sproz. Rente 89,70, 4 proz. ung. Golbrente 102,81, III. Egyptier-Anleihe —, 4 proz. Russen 1889 100,50, 4 proz. unif. Egyptier —, 4 proz. span. A. Anl. 68<sup>1/2</sup>, tonv. Türkten 25,10. Türkten, Voile 146,25, 4 prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 42,00, Franzosen 84,50, Lombarden 256,25, Banque Ottomane 749,00, Banque de Paris 902,00, Banque d'Escomte —, Rio Tinto-A. 507,50, Cuelional-A. 324,00. Cred. Lyonn. 815,00. B. de France 3720,20, Tab. Ottom. 498,00. Wechsel a. dt. Bl. 122<sup>1/2</sup>, Bonbonex Wechsel f. 25,24, Chq. a. London 25,25<sup>1/2</sup>, Wechsel Amsterdam f. 205,87, do. Wien II. 207,75, do. Madrid f. 423,50. Meridional-A. 656,00. Wechsel a. Italien 4<sup>1/2</sup>, Robinson-A. 276,00, Portugiesen 27,27<sup>1/2</sup>, Portu. Tabaks-Obligation 477,00, 4 prozent. Russen 66,60, Privatdiskont 1<sup>1/2</sup>.

Frankfurt a. M., 7. Ott. (Effekten-Sozietät.) (Schluß) Österreich. Kreditaktien 342<sup>1/2</sup>, Franzosen 332<sup>1/2</sup>, Lombarden 99<sup>1/2</sup>, Ungar. Golbrente —, Gotthardbahn 182,80, Diskonto-Kommandit 234,70, Dresdner Bank 184,10, Berliner Handelsgesellschaft 172,60, Bochumer Gußstahl 183,40, Dortmunder Union St.-Br. 83,30, Gelsenkirchen 195,70, Harpener Bergwerke 188,50, Sibernia 189,90, Laurahütte 158,40, Sproz. Portugiesen 28,10, Italienische Mittelmeerbahn 96,40, Schweizer Centralbahn 146,10, Schweizer Nordostbahn 144,50, Schweizer Union 100,10, Italienische Meridionalbahn —, Schweizer Simplonbahn 14,40, Nordb. Lloyd 94,60, Italiener 89,35, Edison Attien —, Carlo Hegenbeldt —, Sproz. Reichsbankle —, Türkeneuro 43,35, Nationalbank 152,80, Odenburger —, Fest.

Hamburg, 7. Ott. Fest. Preuß. 4 proz. Konsois 104,10, Silberrente 86,00, Österreich. Golbrente 103,50, Stakenes 89,75, Kreditaktien 324,40, Franzosen 833,00, Lombarden 239,00, 1880er Russen 99,90, Deutsche Bank 221,25, Diskonto-Kommandit 234,60, Berliner Handelsgesellschaft 172,00, Dresdner Bank 183,50, Nationalbank für Deutschland 162,85, Hamburger Kommerzbank 138,25, Lübeck-Büchen. C. 158,50, Marb.-Ullswa 87,50, Dippens. Südbahn 97,75, Laurahütte 156,25, Nordb. B. & Sp. 147,00, Hamburger Badensabri 116,00, Dynamit-Trust-A.-A. 153,75, Privatdiskont 2<sup>1/2</sup>, Buenos Ayres 33,25.

Petersburg, 7. Ott. Wechsel auf Berlin (3 Mon.) 92,80, Wechsel auf Berlin (3 Mon.) 45,30, Wechsel auf Amsterdam (3 Mon.) —, Wechsel auf Paris (3 Mon.) 36,67<sup>1/2</sup>, Russische 4 proz. Consols von 1889 —, Russ. 4 proz. innere Staatsrente von 1894 —, Russ. 4 proz. Golbal. VI. Ser. von 1894 —, Russische 4<sup>1/2</sup> proz. Bodencredit-Bondbriefe 150<sup>1/2</sup>, Russ. Südwestbahn-Attien —, Petersburger Diskontobank 845 Petersb. internat. Bank 713, Warschauer Kommerz-Bank 515 Russische Bank für auswärtigen Handel 522.

Buenos Ayres, 5. Ott. Golbalo 221<sup>1/2</sup>.

Rio de Janeiro, 5. Ott. Wechsel auf London 1<sup>1/2</sup>.

Bremen, 7. Ott. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinantes Petroleum. (Offizielle Notizierung der Petroleum-Börse.) Ruhig. Volo 6,05 Br. Baumwolle. Ruhig. Uppland middl. loko 45<sup>1/2</sup> Pf. Schmalz. Ruhig. Wilcox 32<sup>1/2</sup> Pf. Armour shield 31<sup>1/2</sup> Pf. Cubahy 33<sup>1/2</sup> Pf. Fairbanks 27<sup>1/2</sup> Pf. Spec. Ruhig. Short clear middling loko 29.

Feste Umrechnung: 84 Live Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden sta. r. W. = 1,70 M. 7 Gulden spädt. = 12 M. 1 Gulden hell. W. = 1,70 M. 1 nos. 1 Lips oder 1 Pesets = 0,80 M.

#### Diskontobank-Wechsel v. 7. Ott.

Geld-, Banknoten u. Coupons.		Finnische L....	—	60,00 B.
Severigns		Freiburger L....	—	29,90 bz
20 Francs-Stück	16,25 B.	Ham. > 50 T.-L.	3	142,50 G.
Geld-Dollars	4,18 G.	Lüb. 3 <sup>1/2</sup>		
Amerik. Not. 1 Dollars		Kön.-Pr. A. 3 <sup>1/2</sup>		
Engl. Not. 1 Pfnd.-Sterl.		Mail. 45 Lire-L.	—	
Franz. Not. 100 Frs.	81,05 br	Mein. 7 Guld.-L.	—	
Oestr. Noten 100 fl.	169,80 bz	Oest. 1854er L.	3 <sup>1/2</sup>	27,20 G.
Russ. Noten 100 R.	220,40 bz	do. 1858er L.	3 <sup>1/2</sup>	170,00 br
Russ. Not. ult. Okt.	220,25 bz	do. 1860er L.	4	340,60 bz
do. do. do. Nov.	220 25 bz	do. 1864er L.	4	156,75 bz
Deutsche Fonds u. Staatspap.		do. 1864er L.	3	341,25 bz
Dtsch. R.-Anl. 4	104,20 B.	Oldenb. Loose	3	132,00 B.
zu. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,80 bz	Raab-Gratzer 2 <sup>1/2</sup>		100,25 bz
do. do. 3	100,10 B.	Russ. 1864 Pr.	5	188,50 bz
Frss. cons. Anl. 4	104,20 B.	do. 1866 Pr.	5	164,40 G.
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,89 bz	Türkenlohe ..	—	138,25 B.
do. do. 3	100,10 G.	Ostr. Südb.	1/2	98,30 bz G.
Sta.-Anl. 1858 4		Saalfahrt-Posen	2 <sup>1/2</sup>	100,70 bz
Bts.-Börd.-Sch.	3 <sup>1/2</sup>	Stargard-Posen	4 <sup>1/2</sup>	
Berl.-Std.-Ob.	3 <sup>1/2</sup>	Weimar-Gera	0	
Ostpr. Prov. Anl.	3 <sup>1/2</sup>	Werrabahn....	2 <sup>1/2</sup>	
Pomm.-Prov.				
Ani.-Scheinie.	3 <sup>1/2</sup>			
Poss.-Stadt-Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Berliner	5			
do. 4/4	117,50 G.			
do. 3 <sup>1/2</sup>	100,70 B.			
Ctrl.-Lsdch.	4			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	105,00 G.			
Kurz-u-Neu-				
mrk-neue	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpreuss.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.	3 <sup>1/2</sup>			
Idschl.Lt.A.	3 <sup>1/2</sup>			
Deutsche Fonds u. Staatspap.				
Dtsch. R.-Anl. 4	104,20 B.			
zu. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,80 bz			
do. do. 3	100,10 B.			
Frss. cons. Anl. 4	104,20 B.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,89 bz			
do. do. 3	100,10 G.			
Sta.-Anl. 1858 4				
Bts.-Börd.-Sch.	3 <sup>1/2</sup>			
Berl.-Std.-Ob.	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpr. Prov. Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.-Prov.				
Ani.-Scheinie.	3 <sup>1/2</sup>			
Poss.-Stadt-Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Berliner	5			
do. 4/4	117,50 G.			
do. 3 <sup>1/2</sup>	101,95 G.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	105,00 G.			
Ctrl.-Lsdch.	4			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	104,25 G.			
Kurz.u-Neu-				
mrk-neue	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpreuss.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.	3 <sup>1/2</sup>			
Idschl.Lt.A.	3 <sup>1/2</sup>			
Deutsche Fonds u. Staatspap.				
Dtsch. R.-Anl. 4	104,20 B.			
zu. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,80 bz			
do. do. 3	100,10 B.			
Frss. cons. Anl. 4	104,20 B.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,89 bz			
do. do. 3	100,10 G.			
Sta.-Anl. 1858 4				
Bts.-Börd.-Sch.	3 <sup>1/2</sup>			
Berl.-Std.-Ob.	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpr. Prov. Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.-Prov.				
Ani.-Scheinie.	3 <sup>1/2</sup>			
Poss.-Stadt-Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Berliner	5			
do. 4/4	117,50 G.			
do. 3 <sup>1/2</sup>	101,95 G.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	105,00 G.			
Ctrl.-Lsdch.	4			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	104,25 G.			
Kurz.u-Neu-				
mrk-neue	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpreuss.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.	3 <sup>1/2</sup>			
Idschl.Lt.A.	3 <sup>1/2</sup>			
Deutsche Fonds u. Staatspap.				
Dtsch. R.-Anl. 4	104,20 B.			
zu. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,80 bz			
do. do. 3	100,10 B.			
Frss. cons. Anl. 4	104,20 B.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,89 bz			
do. do. 3	100,10 G.			
Sta.-Anl. 1858 4				
Bts.-Börd.-Sch.	3 <sup>1/2</sup>			
Berl.-Std.-Ob.	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpr. Prov. Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.-Prov.				
Ani.-Scheinie.	3 <sup>1/2</sup>			
Poss.-Stadt-Anl.	3 <sup>1/2</sup>			
Berliner	5			
do. 4/4	117,50 G.			
do. 3 <sup>1/2</sup>	101,95 G.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	105,00 G.			
Ctrl.-Lsdch.	4			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	104,25 G.			
Kurz.u-Neu-				
mrk-neue	3 <sup>1/2</sup>			
Ostpreuss.	3 <sup>1/2</sup>			
Pomm.	3 <sup>1/2</sup>			
Idschl.Lt.A.	3 <sup>1/2</sup>			
Deutsche Fonds u. Staatspap.				
Dtsch. R.-Anl. 4	104,20 B.			
zu. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,80 bz			
do. do. 3	100,10 B.			
Frss. cons. Anl. 4	104,20 B.			
do. do. 3 <sup>1/2</sup>	103,89 bz			
do. do. 3	100,10 G.			
Sta.-Anl. 1858 4				
Bts.-Börd				